

## Erklärung der Vollversammlung der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission am 29.10.03

### **Internationale Unterstützung für Frieden und Sicherheit in Norduganda**

Die dramatische Situation in Norduganda veranlasst die Vollversammlung der Koordinierungsstelle der Österr. Bischofskonferenz f. Entwicklung und Mission, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um auf das Schicksal der leidgeprüften Bevölkerung aufmerksam zu machen und die internationale Gemeinschaft zum Handeln aufzufordern.

Die nilotischen Bevölkerung der Acholi, Lango, Kunam und Teso in Nord-Uganda kämpft um ihr Überleben. Ungefähr 850.000 Menschen sind von der Heimat vertrieben und können nur mit Mühe überleben. Es fehlt an Lebensmitteln und Arzneien und dazu kommen die ständigen Angriffe der LRA (Lord's Resistance Army). Während siebzehn Jahren des Terrors haben sie Zehntausende von Menschen getötet und gequält (es gibt mindestens 100.000 Tote), über 20.000 Kinder wurden entführt und in die Sklaverei gebracht oder in die Reihen der Terrorkommandos eingegliedert. Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen ist die Situation in den letzten Monaten wieder eskaliert. Entführungen, Vertreibungen, Bedrohungen und brutale Gewalttaten haben ein furchtbares Ausmaß erreicht. Die Armee Ugandas hat bis heute keinen nachhaltigen Schutz der Zivilbevölkerung sicherstellen können. Kirchliche Einrichtungen, die der Bevölkerung Schutz und Hilfe bieten wollen, werden vermehrt zu direkten Zielen der Angriffe. VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen der Koordinierungsstelle, die seit Jahren in der Region tätig sind, sind Zeugen dieser Übergriffe. Als Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist die Situation in diesem Land der Österreichischen Bundesregierung ein besonderes Anliegen.

Wir fordern den Sicherheitsrat der UNO und die Europäische Union auf, diesen Krieg in Nord-Uganda ernst nehmen. Wir unterstützen nachdrücklich alle Maßnahmen, die zu einem umgehenden Schutz der Bevölkerung führen, wie die Forderung der Religiösen Führer der Acholi (ARLPI), angeführt vom katholischen Erzbischof von Gulu, John Baptist Odama, nach einer internationalen Sicherheitstruppe unter Führung der UNO. Wir fordern die Österreichische Bundesregierung auf, sich innerhalb von EU und UNO für eine rasche Umsetzung dieser Maßnahmen einzusetzen.

Wir appellieren an die Österreichische Bundesregierung, die EU und die internationale Gebergemeinschaft Unterstützung für NGOs und internationale Organisationen für humanitäre Hilfsprogramme bereitzustellen, um das Überleben der Bevölkerung – insbesondere der Kinder - und Hilfe für internen Vertriebenen zu gewährleisten. Gleichzeitig fordern wir von den politischen Verantwortlichen im Norden, den Fluss der Unterstützung für die LRA aus dem In- und Ausland zu unterbinden.

Dieser Krieg war und ist nur möglich in einem Umfeld wie es sich in den Nachbarländern Sudan, DR Kongo, Somalia und Äthiopien darstellt. Er ist besonders eng mit dem noch immer laufenden Bürgerkrieg im benachbarten Südsudan verbunden. Wir unterstützen ebenso kräftig die Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der IGAD, die am 10. September in Naivasha (Kenia) wieder aufgenommen wurden, um den schrecklichen Krieg zu beenden, der seit über 20 Jahren den Südsudan zerstört. Wir fordern deshalb wiederum vom Sicherheitsrat der UNO und von der Europäischen Union ihren Einfluss geltend zu machen und auf alle Konfliktparteien Druck auszuüben, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen.

Solche Abkommen für Uganda und den Sudan wären ein Zeichen großer Hoffnung auch für die Lösung der anderen Konflikte im Gebiet der Großen Seen (Burundi, Ruanda, Kongo).

